

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/5838

"Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Der Weg zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen COM(2025) 46 final; Ratsdok. 6184/25 BR-Drs.78/25"

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 19/5838 vom 18.03.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/6236 des BU vom 08.04.2025
3. Beschluss des Plenums 19/6256 vom 09.04.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 48 vom 09.04.2025



Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Der Weg zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen

COM(2025) 46 final; Ratsdok. 6184/25

BR-Drs.78/25

Verfahren gemäß § 83c BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 24. Sitzung am 18. März 2025 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Stellungnahme des Landtags zur Mitteilung der Kommission erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, die federführende Beratung der Mitteilung sich selbst zuzuweisen (§ 83c Abs. 1 BayLTGeschO).

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die [Mitteilung](#) landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Die EU stellt alle sieben Jahre einen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) auf. Dort ist festgelegt, wie viel Geld die EU in den einzelnen Haushaltsjahren ausgeben darf. Der aktuelle MFR 2021 – 2027 beläuft sich auf insgesamt 1.211 Mrd. Euro.

Die Mitteilung skizziert die Grundzüge, wie sich die EU-Kommission den MFR ab dem Jahr 2028 vorstellt.

Aus dem MFR werden für Bayern relevante EU-Förderprogramme mitfinanziert, u. a. in den Bereichen Kohäsion, Landwirtschaft sowie Forschung.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen
Drs. 19/5838

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;

**Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Der Weg zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen
COM(2025) 46 final; Ratsdok. 6184/25
BR-Drs.78/25**

I. Beschlussempfehlung:

Der Landtag gibt zur Mitteilung der Kommission COM(2025) 46 final, Ratsdok. 6184/25 sowie im Rahmen der Konsultationsverfahren der Europäischen Union betreffend den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) folgende Stellungnahme ab:

Der Landtag teilt die Ansicht der Bayerischen Staatsregierung, dass der nächste Mehrjährige Finanzrahmen (ab dem Jahr 2028) angesichts der unsicheren und sich schnell wandelnden Weltlage die Voraussetzungen für eine strategische Aufstellung der Europäischen Union legen muss.

Aus Sicht des Landtags müssen dabei folgende Gesichtspunkte einfließen:

1. Stärke, Wettbewerbsfähigkeit und Zusammenhalt

Ein zukünftiges EU-Budget muss darauf fokussiert sein, dort finanzielle Unterstützung zu leisten, wo es eine starke, unabhängige und vor allem wettbewerbsfähige Stellung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten gezielt fördert. Dazu gehört auch die Förderung des Zusammenhalts innerhalb der Europäischen Union. Ebenso muss es flexibel genug sein, um auf unvorhergesehene Ereignisse (z. B. Wirtschaftskrisen oder Naturkatastrophen) und neue Herausforderungen reagieren zu können.

Die Europäische Union soll sich auf die großen Herausforderungen konzentrieren und dort unterstützen:

- Verteidigungsfähigkeit und Zusammenarbeit in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit. Mit Blick auf die Förderung gemeinsamer Beschaffungen, Standardisierungen der militärischen Kooperation und auch der sicherheits- und verteidigungsbezogenen Forschung und Innovation kann die Europäische Union die gemeinsamen Bemühungen der Mitgliedstaaten stark unterstützen und so insgesamt zu mehr verbesserter Resilienz und Krisenvorsorge dieser beitragen.
- Regional- und Strukturpolitik für Wachstum und Entwicklung in der gesamten Union, in allen Regionen.

- Steuerung und Begrenzung der Migration durch mehr gemeinsamen Grenzschutz und gestraffte Asylverfahren an den Außengrenzen.
- Nachhaltige und auskömmliche Agrarpolitik für die Ernährungssicherheit.
- Technologieoffene Forschungs-, Innovations- und Digitalpolitik für mehr Wettbewerbsfähigkeit und Unabhängigkeit von anderen Wirtschaftsstandorten. Strategisch wichtig sind dabei Grundlagenforschung und angewandte Forschung genauso wie ein Fokus auf Schlüsseltechnologien und die gezielte Unterstützung von Transfer, Ausgründungen und Start-ups. Dies trägt auch zu einer Stärkung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Resilienz in Europa bei.
- Autarkie bei der Produktion lebenswichtiger Medikamente und deren Wirkstoffen.
- Transeuropäische Netze für Energie, Verkehr und Digitales.
- Jugend für Europa: Bewährte Programme wie Erasmus+ schaffen Verbindung und tragen zur Stärkung des Europagedankens bei.

Mittel der Europäischen Union dürfen nur für solche Maßnahmen verwendet werden, bei denen ein Handeln auf EU-Ebene zulässig und sinnvoll ist.

2. Nachhaltige Finanzierung und angemessene Beiträge der Mitgliedstaaten

Dem Landtag ist wichtig, dass das Budget der Europäischen Union solide und nachhaltig finanziert ist.

Einer weiteren gemeinsamen Verschuldung sowie einer Ausweitung eigener Einkunftsquellen der Europäischen Union durch die Einführung zusätzlicher Abgaben steht der Landtag ablehnend gegenüber. Die Kompetenz, Steuern und Abgaben zu erheben, ist ein Privileg der EU-Staaten und Regionen.

Mit Blick auf die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Herausforderungen für jeden einzelnen Mitgliedstaat sieht es der Landtag als notwendig an, dass die Beiträge der Mitgliedstaaten diesen veränderten Herausforderungen angemessen angepasst werden.

3. Effizienz

Der Landtag erhofft sich von einem zukunftsfähigen Budget auch eine Verbesserung der Effizienz.

Eine vereinfachte Struktur des EU-Budgets kann dabei helfen. Die bloße Zentralisierung von regionalen Förderpolitiken sowie pauschale, nationale Ziel-, Plan- und Reformvorgaben bringen in der Sache aber keinen Mehrwert, sondern gefährden den Erfolg. Der Landtag tritt daher ein für eine Kohäsionspolitik, die auch künftig gemeinsam mit den Regionen entwickelt und von den Regionen für die Regionen in den Regionen umgesetzt wird.

Vielmehr geht es darum, den Abbau des Bürokratieaufwands, speziell auf allen Ebenen der Förderpolitik, entschieden voranzutreiben. Neue EU-Investitions- und Förderhilfen müssen bürokratiearm, praxisorientiert und digital umgesetzt werden. Bestehende EU-Investitions- und Förderhilfen sind dahingehend zu überprüfen. Auch die Kontrolle der Mittelverwendung muss bürokratieärmer und effizienter gestaltet werden. Es muss das Prinzip Vertrauen, statt des Prinzips Misstrauen vorherrschend sein. Klare, auf das Wesentliche konzentrierte Vorgaben, die über die Förderperioden hinweg gelten, schaffen Vertrauen und Effektivität.

Den einzelnen Maßnahmen muss immer eine transparente Kosten-Nutzen-Analyse vorausgehen.

Eine Fokussierung und der Bürokratieabbau eröffnen Spielräume, Prozesse und Verwaltungen zu verschlanken. Der Landtag spricht sich dafür aus, den Personalbestand der Europäischen Institutionen – von der Kommission bis zu den Agenturen – spürbar und dauerhaft zu verringern und mit dem Budget ab dem Jahr 2028 dazu einen verbindlichen Fahrplan zu verbinden.

4. Stärkung der Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg

Die „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ (Interreg) hat einen hohen europäischen Mehrwert für das Zusammenwachsen der Regionen. Bayern nutzt diese Instrumente sehr erfolgreich. Sie sollten künftig noch stärker einen Schwerpunkt auf die Grenzregionen setzen.

5. Gemeinsame Agrarpolitik

Die GAP muss auch ab 2028 Ernährungssicherheit und Resilienz fördern, in der Landwirtschaft ein angemessenes Einkommen ermöglichen und gesellschaftlichen und ökologischen Entwicklungen Rechnung tragen. Der Landtag spricht sich dafür aus, dass die Leistung der Landwirte über eine qualifizierte Grundprämie einkommenswirksam honoriert und sichtbar gemacht wird. Dafür sind EU-weite Mindest-nachhaltigkeitsstandards einzuhalten. Diese werden dem Klima- und Umweltschutz gerecht und vereinfachen zugleich die Vorgaben für Praxis und Verwaltung. Der erhöhte Arbeitszeitaufwand bodengebundener Tierhaltung muss sich neben der Bezugsgröße Fläche über standardisierte Werte positiv auf die Höhe der Grundprämie auswirken – anders als bei den bisherigen rein flächengebundenen Direktzahlungen. Fördergelder sollen weiterhin nur aktive Landwirtinnen und Landwirte erhalten, sowohl im Haupt- als auch im Nebenerwerb. Die bewährte erhöhte Förderung der ersten Hektare in den Betrieben zugunsten der kleineren Betriebe soll fortgeführt werden.

Die GAP muss aus Sicht des Landtags deutlich schlanker werden. Es braucht eine weitgehende Abkehr von den stark detaillierten und teils unpassenden Be-wirtschaftungsvorgaben (GLÖZ-Standards). Statt Mikrosteuerung muss mehr Eigenverantwortung gelten. Der Landtag setzt sich für attraktive finanzielle Anreize für Nachhaltigkeit, Artenschutz, Tierwohl und Pflege der Kulturlandschaft ein. Ein eigenständiges Agrarbudget ist dabei essentiell, um die Ziele der GAP zu erreichen.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag sowie an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments für Bayern übermittelt.

Berichterstatterin:
Mitberichterstatter:

Ulrike Müller
Markus Rinderspacher

II. Bericht:

1. Das nichtlegislative Vorhaben der Europäischen Union (§ 83c BayLTGeschO) wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem EU-Vorhaben gemäß § 83c BayLTGeschO nicht befasst.
2. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das EU-Vorhaben in seiner 24. Sitzung am 18. März 2025 beraten und einstimmig beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§ 83c Abs. 2 BayLTGeschO).
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das EU-Vorhaben in seiner 26. Sitzung am 8. April 2025 federführend beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung

SPD: Enthaltung
zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.

Ulrike Müller
Stellvertretende Vorsitzende



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

**Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Der Weg zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen
COM(2025) 46 final;
Ratsdok. 6184/25
BR-Drs.78/25
Drs. 19/5838, 19/6236**

Der Landtag gibt zur Mitteilung der Kommission COM(2025) 46 final, Ratsdok. 6184/25 sowie im Rahmen der Konsultationsverfahren der Europäischen Union betreffend den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) folgende Stellungnahme ab:

Der Landtag teilt die Ansicht der Bayerischen Staatsregierung, dass der nächste Mehrjährige Finanzrahmen (ab dem Jahr 2028) angesichts der unsicheren und sich schnell wandelnden Weltlage die Voraussetzungen für eine strategische Aufstellung der Europäischen Union legen muss.

Aus Sicht des Landtags müssen dabei folgende Gesichtspunkte einfließen:

1. Stärke, Wettbewerbsfähigkeit und Zusammenhalt

Ein zukünftiges EU-Budget muss darauf fokussiert sein, dort finanzielle Unterstützung zu leisten, wo es eine starke, unabhängige und vor allem wettbewerbsfähige Stellung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten gezielt fördert. Dazu gehört auch die Förderung des Zusammenhalts innerhalb der Europäischen Union. Ebenso muss es flexibel genug sein, um auf unvorhergesehene Ereignisse (z. B. Wirtschaftskrisen oder Naturkatastrophen) und neue Herausforderungen reagieren zu können.

Die Europäische Union soll sich auf die großen Herausforderungen konzentrieren und dort unterstützen:

- Verteidigungsfähigkeit und Zusammenarbeit in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit. Mit Blick auf die Förderung gemeinsamer Beschaffungen, Standardisierungen der militärischen Kooperation und auch der sicherheits- und verteidigungsbezogenen Forschung und Innovation kann die Europäische Union die gemeinsamen Bemühungen der Mitgliedstaaten stark unterstützen und so insgesamt zu mehr verbesserter Resilienz und Krisenvorsorge dieser beitragen.
- Regional- und Strukturpolitik für Wachstum und Entwicklung in der gesamten Union, in allen Regionen.

- Steuerung und Begrenzung der Migration durch mehr gemeinsamen Grenzschutz und gestraffte Asylverfahren an den Außengrenzen.
- Nachhaltige und auskömmliche Agrarpolitik für die Ernährungssicherheit.
- Technologieoffene Forschungs-, Innovations- und Digitalpolitik für mehr Wettbewerbsfähigkeit und Unabhängigkeit von anderen Wirtschaftsstandorten. Strategisch wichtig sind dabei Grundlagenforschung und angewandte Forschung genauso wie ein Fokus auf Schlüsseltechnologien und die gezielte Unterstützung von Transfer, Ausgründungen und Start-ups. Dies trägt auch zu einer Stärkung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Resilienz in Europa bei.
- Autarkie bei der Produktion lebenswichtiger Medikamente und deren Wirkstoffen.
- Transeuropäische Netze für Energie, Verkehr und Digitales.
- Jugend für Europa: Bewährte Programme wie Erasmus+ schaffen Verbindung und tragen zur Stärkung des Europagedankens bei.

Mittel der Europäischen Union dürfen nur für solche Maßnahmen verwendet werden, bei denen ein Handeln auf EU-Ebene zulässig und sinnvoll ist.

2. Nachhaltige Finanzierung und angemessene Beiträge der Mitgliedstaaten

Dem Landtag ist wichtig, dass das Budget der Europäischen Union solide und nachhaltig finanziert ist.

Einer weiteren gemeinsamen Verschuldung sowie einer Ausweitung eigener Einkunftsquellen der Europäischen Union durch die Einführung zusätzlicher Abgaben steht der Landtag ablehnend gegenüber. Die Kompetenz, Steuern und Abgaben zu erheben, ist ein Privileg der EU-Staaten und Regionen.

Mit Blick auf die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Herausforderungen für jeden einzelnen Mitgliedstaat sieht es der Landtag als notwendig an, dass die Beiträge der Mitgliedstaaten diesen veränderten Herausforderungen angemessen angepasst werden.

3. Effizienz

Der Landtag erhofft sich von einem zukunftsfähigen Budget auch eine Verbesserung der Effizienz.

Eine vereinfachte Struktur des EU-Budgets kann dabei helfen. Die bloße Zentralisierung von regionalen Förderpolitiken sowie pauschale, nationale Ziel-, Plan- und Reformvorgaben bringen in der Sache aber keinen Mehrwert, sondern gefährden den Erfolg. Der Landtag tritt daher ein für eine Kohäsionspolitik, die auch künftig gemeinsam mit den Regionen entwickelt und von den Regionen für die Regionen in den Regionen umgesetzt wird.

Vielmehr geht es darum, den Abbau des Bürokratieaufwands, speziell auf allen Ebenen der Förderpolitik, entschieden voranzutreiben. Neue EU-Investitions- und Förderhilfen müssen bürokratiearm, praxisorientiert und digital umgesetzt werden. Bestehende EU-Investitions- und Förderhilfen sind dahingehend zu überprüfen. Auch die Kontrolle der Mittelverwendung muss bürokratieärmer und effizienter gestaltet werden. Es muss das Prinzip Vertrauen, statt des Prinzips Misstrauen vorherrschend sein. Klare, auf das Wesentliche konzentrierte Vorgaben, die über die Förderperioden hinweg gelten, schaffen Vertrauen und Effektivität.

Den einzelnen Maßnahmen muss immer eine transparente Kosten-Nutzen-Analyse vorausgehen.

Eine Fokussierung und der Bürokratieabbau eröffnen Spielräume, Prozesse und Verwaltungen zu verschlanken. Der Landtag spricht sich dafür aus, den Personalbestand der Europäischen Institutionen – von der Kommission bis zu den Agenturen – spürbar und dauerhaft zu verringern und mit dem Budget ab dem Jahr 2028 dazu einen verbindlichen Fahrplan zu verbinden.

4. Stärkung der Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg

Die „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ (Interreg) hat einen hohen europäischen Mehrwert für das Zusammenwachsen der Regionen. Bayern nutzt diese Instrumente sehr erfolgreich. Sie sollten künftig noch stärker einen Schwerpunkt auf die Grenzregionen setzen.

5. Gemeinsame Agrarpolitik

Die GAP muss auch ab 2028 Ernährungssicherheit und Resilienz fördern, in der Landwirtschaft ein angemessenes Einkommen ermöglichen und gesellschaftlichen und ökologischen Entwicklungen Rechnung tragen. Der Landtag spricht sich dafür aus, dass die Leistung der Landwirte über eine qualifizierte Grundprämie einkommenswirksam honoriert und sichtbar gemacht wird. Dafür sind EU-weite Mindestnachhaltigkeitsstandards einzuhalten. Diese werden dem Klima- und Umweltschutz gerecht und vereinfachen zugleich die Vorgaben für Praxis und Verwaltung. Der erhöhte Arbeitszeitaufwand bodengebundener Tierhaltung muss sich neben der Bezugsgröße Fläche über standardisierte Werte positiv auf die Höhe der Grundprämie auswirken – anders als bei den bisherigen rein flächengebundenen Direktzahlungen. Fördergelder sollen weiterhin nur aktive Landwirtinnen und Landwirte erhalten, sowohl im Haupt- als auch im Nebenerwerb. Die bewährte erhöhte Förderung der ersten Hektare in den Betrieben zugunsten der kleineren Betriebe soll fortgeführt werden.

Die GAP muss aus Sicht des Landtags deutlich schlanker werden. Es braucht eine weitgehende Abkehr von den stark detaillierten und teils unpassenden Bewirtschaftungsvorgaben (GLÖZ-Standards). Statt Mikrosteuerung muss mehr Eigenverantwortung gelten. Der Landtag setzt sich für attraktive finanzielle Anreize für Nachhaltigkeit, Artenschutz, Tierwohl und Pflege der Kulturlandschaft ein. Ein eigenständiges Agrarbudget ist dabei essenziell, um die Ziele der GAP zu erreichen.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag sowie an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments für Bayern übermittelt.

Die Präsidentin

Ilse Aigner

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmungsliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmungsliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind offensichtlich sämtliche Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 – Wahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags und Wahl einer Schriftführerin oder eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – hat die AfD-Fraktion eine Begründung der Wahlvorschläge sowie eine gemeinsame Aussprache beantragt. Hierüber soll auf Antrag der AfD-Fraktion gemäß § 42 Absatz 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung in der Vollversammlung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ich lasse daher jetzt über diesen Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag der AfD-Fraktion auf Begründung und gemeinsame Aussprache zu den Wahlvorschlägen eines Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die SPD-Fraktion sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Haushalt

Der nächste langfristige Haushalt der EU
(Mehrjähriger Finanzrahmen, MFR)

- Leistung des EU-Haushalts
- Verwendung von EU-Mitteln zusammen mit Mitgliedstaaten und Regionen
- EU-Mittel für das auswärtige Handeln
- EU-Mittel für Katastrophenschutz, Vorsorge und Reaktion auf Krisen
- EU-Mittel für Wettbewerbsfähigkeit
- EU-Förderung für den Binnenmarkt, und Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden
- EU-Mittel für grenzüberschreitende, allgemeine und berufliche Bildung und Solidarität, junge Menschen, Medien, Kultur und Kreativwirtschaft, Werte und die Zivilgesellschaft

12.02.2025 - 07.05.2025

Drs. 19/5480, 19/6235

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt die auf Drs. 19/6235 veröffentlichte Stellungnahme ab.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

ENTH

ENTH

2. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Der Weg zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen
COM(2025) 46 final; Ratsdok. 6184/25
BR-Drs.78/25
Drs. 19/5838, 19/6236

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt die auf Drs. 19/6236 veröffentlichte Stellungnahme ab.

CSU

FREIE
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD

 ENTH ENTH**Anträge**

3. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Keine Abwälzung von Polizeikosten bei Sport- und Kulturveranstaltungen!
Drs. 19/4674, 19/6160 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

4. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a. SPD
Bayern ist Honigland: Europäisches Referenzlabor im Freistaat ermöglichen
Drs. 19/4731, 19/6058 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU

FREIE
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD

 A

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Stephanie Schuhknecht u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ergebnisse des Normenkontrollrates veröffentlichen!
Drs. 19/4753, 19/6076 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Aktionsplan QUEER: alle Ministerien in die Pflicht nehmen – keine Kürzungen bei laufenden Projekten!
Drs. 19/4805, 19/6062 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nachrechnen ermöglichen – mehr Transparenz bei der Grundsteuerreform
Drs. 19/4815, 19/6161 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

8. Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Oskar Atzinger, Ramona Storm und Fraktion (AfD) Bericht über Ergebnisse und Konsequenzen der internationalen Vergleichsstudie ICILS 2023
Drs. 19/4887, 19/6071 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Strategische Rohstoffversorgung für Bayerns Wirtschaft:
Zukunftssicherung mit günstigen Seltenern Erden
Drs. 19/4892, 19/6077 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerks Isar II sicherstellen
Drs. 19/4893, 19/6078 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Maximilian Böltl, Andreas Schalk u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Der Staat als Kunde – Vergabeverfahren Startup-freundlicher gestalten
Drs. 19/4971, 19/6084 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

12. Antrag der Abgeordneten Franz Schmid, Elena Roon, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Sonderurlaub bei Todesfall
Drs. 19/4983, 19/6063 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ohne	<input type="checkbox"/>

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

13. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Ekel-Food kennzeichnen – Schockbilder auf Lebensmittel mit Insektenanteil anbringen!
Drs. 19/4985, 19/6087 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

14. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Windkraftausbau nicht auf Kosten der Umwelt forcieren I:
Illegaler Abfallentsorgung von Windenergieanlagen entschieden bekämpfen
Drs. 19/4993, 19/6088 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

15. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes, Harald Meußgeier u.a. und Fraktion (AfD)
Windkraftausbau nicht auf Kosten der Umwelt forcieren II:
Moratorium für bestehende Windkraftprojekte auf den Weg bringen
Drs. 19/4994, 19/6089 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Alfred Grob, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Heinisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Polizeikosten bei Sport- und Kulturveranstaltungen
Drs. 19/4997, 19/6162 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Nein zum Preisschock auf Sprit und Heizen: CO₂-Abgabe abschaffen!
Drs. 19/5004, 19/6090 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

18. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler, Doris Rauscher u.a. SPD
Sprachstandstests korrekt umsetzen und Lehrkräfte angemessen entlohen
Drs. 19/5019, 19/6072 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

19. Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel, Volkmar Halbleib, Holger Grießhammer u.a. SPD
Kein Maulkorb für die Kirchen – die Stimme der Menschlichkeit kann gar nicht laut genug sein
Drs. 19/5021, 19/6073 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Digitale Ausgabe von Parkausweisen für Handwerkerinnen und Handwerker, Handelsvertretungen und Soziale Dienste ermöglichen
Drs. 19/5087, 19/6098 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Gebührenbescheide an Drittligisten –
Stadionallianzen ausbauen und Polizeikosten reduzieren
Drs. 19/5088, 19/6163 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Zwischenergebnisse der Pilotprojekte
zum Gebäudetyp E
Drs. 19/5092, 19/6099 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

23. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hüting, Tanja Schorer-Dremel, Alfred Grob u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anreize für den Lehrberuf erhöhen –
Einstellungs- und Versetzungsverfahren optimieren
Drs. 19/5105, 19/6074 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Helmut Schnotz, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Modernisierung des Förderwesens durch Einführung einer volldigitalen Förderplattform
Drs. 19/5124, 19/6079 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

25. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a. SPD
Biss in die Zukunft: Kostenloses Obst und Gemüse für alle Kinder in Bayern!
Drs. 19/5131, 19/6059 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

26. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Mehr Bundesmittel für die Eingliederungshilfe
Drs. 19/5133, 19/6064 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

27. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Konzeption und Implementierung eines digitalen Finder-Systems für Einrichtungen für Menschen mit Behinderung
Drs. 19/5169, 19/6065 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

28. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Prof. Dr. Winfried Bausback, Martin Wagle, Robert Brannekämper u.a. CSU
Neue Perspektiven zur Gewinnung von Spitzenforschern in zukunftsträchtigen Bereichen für den Wissenschaftsstandort Bayern stärken! Möglichkeiten nach dem Regierungswechsel in den Vereinigten Staaten nutzen.
Drs. 19/5180, 19/6061 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

29. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Erkundung und Bewertung von Wasserstoffvorkommen in den Bayerischen Alpen
Drs. 19/5186, 19/6080 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

30. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für eine Neuausrichtung von Provenienzforschung und Restitution in Bayern
Drs. 19/5187, 19/6060 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Koalitionsvertrag einhalten: Grundstückskäufe für die 3. Startbahn am Flughafen München sofort einstellen!
Drs. 19/5204, 19/6086 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katri Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Auswirkungen der CO₂-Abgabe auf die bayerische Wirtschaft eruieren und tragfähige Konzepte zum Schutz heimischer Unternehmen entwickeln
Drs. 19/5206, 19/6081 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Solarstrom in Bayern effektiv nutzen und Abregelungen reduzieren – Netzengpässe beheben und weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien ermöglichen
Drs. 19/5208, 19/6082 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

34. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU Süßkartoffeln nicht als Genussmittel betrachten, Steuersatz anpassen!
Drs. 19/5392, 19/6085 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

35. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann u.a. SPD
Für Bayerns Kitas VII – Zügige und unbürokratische Anerkennung ausländischer Abschlüsse
Drs. 19/5475, 19/6066 (ENTH)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

36. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann u.a. SPD
Für Bayerns Kitas VIII – Fachkräfte gewinnen
Drs. 19/5476, 19/6067 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

37. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann u.a. SPD
Für Bayerns Kitas IX – Stärkung der Ausbildung
Drs. 19/5477, 19/6068 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

38. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann u.a. SPD
Für Bayerns Kitas X – Unterschiede in den regionalen Herausforderungen in den bayerischen Kitas herausarbeiten
Drs. 19/5478, 19/6069 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

39. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Martin Wagle, Konrad Baur u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
ALKIS-Freischaltung der Eigentümerdaten
Drs. 19/5678, 19/6100 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------

40. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Carolina Trautner u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Roswitha Toso u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Unterstützung für Menschen mit Behinderung: Runder Tisch und weitere Verbesserungen für Eltern und Betroffene bei der Einrichtungssuche
Drs. 19/5752, 19/6070 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------	--------------------------